

## Herzlicher Empfang für Erhard in USA

Die USA und die Bundesrepublik müssen zusammen mit den anderen verantwortlichen Mächten auch weiterhin nach allen verfügbaren Mitteln suchen, um die ungerechte Teilung Deutschlands so bald wie möglich zu beenden. Dies stellten Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard in einem gemeinsamen Kommuniqué zum Abschluß ihrer Gespräche in Washington fest. Der Kanzler dankte gleichzeitig dem Präsidenten für dessen nachhaltige Unterstützung in den Bemühungen um eine Lösung des deutschen Problems.

In dem gemeinsamen Kommuniqué setzten sich der Präsident und der Bundeskanzler ferner für eine Verbesserung der Beziehungen zu den kommunistischen Staaten Osteuropas, für raschere Bemühungen um die europäische Einigung

und für die Erhaltung eines sehr engen und dynamischen westlichen Bündnis-systems ein.



Erhard im Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Johnson anläßlich seines Amerikabesuches.

## Die Wandlung der Deutschen anerkennen

Der amerikanische Botschafter McGhee hat in einer äußerst positiven Würdigung der neuen deutschen Demokratie die Welt aufgefordert, den Deutschen endlich die volle Anerkennung zu gewähren. Der Botschafter sagte in Heidelberg, die Welt müsse sich jetzt darüber klarwerden, wie sie zu den Deutschen stehe, denn „dieses Volk hat sich von Grund aus gewandelt“. Zahlreiche Gründe sprächen dafür, daß diese Entscheidung jetzt getroffen werden müsse. McGhee betonte: „Prüfen Sie die deutsche Demokratie so kritisch, wie Sie nur können, Sie werden an ihr kein Krankheitssymptom finden. Dies ist das Deutschland einer neuen Generation.

Die Deutschen haben die Hoffnung auf die Schaffung eines Vereinigten Europa niemals aufgegeben. Der deutsche Bundeskanzler gehört zu den führenden Sprechern für die Sache der europäischen Einigung. Es hat Rückschläge gegeben, aber die Erfolge überwiegen bei weitem.

Seit Kriegsende haben die Deutschen viele Probleme zu lösen vermocht. Wie aber stehen sie zu jenen, die sich bislang einer Lösung widersetzen haben? Eines davon ist das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands, und es erfüllt nicht nur die Deutschen, sondern die ganze Welt mit tiefer Sorge. Solange diese Spaltung im Herzen Europas fortbesteht,

kann es keinen gesicherten Frieden geben.

Die kommunistische Propaganda nennt den deutschen Wunsch nach Einheit „Revanchismus“. Sie versucht, das Streben der Bundesrepublik nach Einheit als Beweis dafür hinzustellen, daß die nicht unter sowjetischer Kontrolle lebenden Deutschen immer noch gefährliche Pläne hegen. Wahrheit ist, daß nur die Bundesrepublik qualifiziert ist, den Wünschen der Deutschen Ausdruck zu verleihen. Die Deutschen streben nicht nach der Restauration des alten Deutschland, sondern nach der Vervollendung eines neuen Deutschland, in dem alle in Freiheit leben können.



## Der Besuch der Königin in Deutschland

Auf dem Höhepunkt des Staatsbesuches — und das waren, wie auch Bundeskanzler Erhard bekannte, ohne Zweifel die sechs Stunden in Berlin. — Deshalb ragt die Bedeutung dieses Aufenthalts heraus. Hier ist nicht nur der Freundschaftswille der Deutschen mit überbrandender Herzlichkeit demonstriert worden, sondern hier ist vor allem — zugleich von den beiden anderen Schutzmächten — ein so starker Akzent der Solidarität mit der Sache dieser Stadt und damit aller Deut-

tendes Vorbild für die gesamte freie Welt.

Die Einheiten der bewaffneten Streitkräfte unseres Landes leben heute in Ihrer Mitte als Freunde und Beschützer; mit großer Freundlichkeit werden sie als Bundesgenossen und Verteidiger des Friedens und der Freiheit aufgenommen.

Meine Landsleute, mögen sie nun zu Hause oder hier in Berlin zusammen mit unseren amerikanischen und französischen Verbündeten stationiert sein, sind stolz darauf, mitgeholfen

nehmen, wenn auch mit Schmerz und Wehmut, an der Feier teil. In dieser Stadt erleben Sie die Begeisterung, ich möchte lieber sagen, die Haltung einer Bevölkerung, die seit zwanzig Jahren in einer Art Belagerung leben muß, und die trotz aller Bedrohung und Gefahr niemals aufhören wird, mit ihrem Schicksal für die geschichtliche, unzerstörbare Einheit Deutschlands einzustehen.“

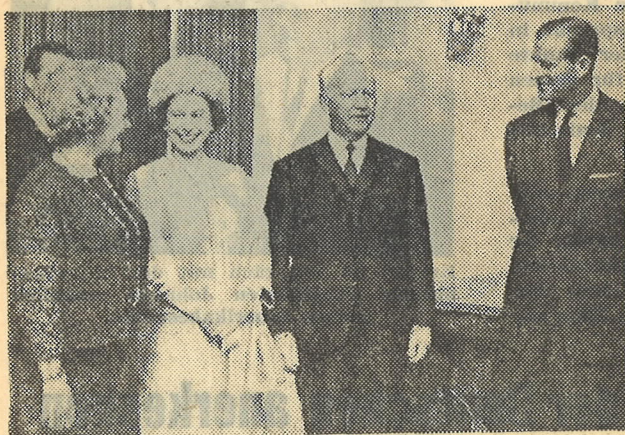
### Aspekte der deutschen Beziehungen zu Rumänien

Unerwartete Früchte trägt die vor Jahresfrist eingeschlagene Bonner Politik der Errichtung von Handelsmissionen im Ostblock. Langsam scheint man sich auch auf die Möglichkeiten zu besinnen, die sich aus der wirtschaftlichen Kapazität der Bundesrepublik ergeben, im besonderen in der Politik gegenüber Südosteuropas.

Daß die verschütteten Beziehungen zu diesen Ländern mit gezielter Aktivität durchaus belebt werden können, bewies die Leistungsschau der deutschen Industrie in der Hauptstadt Rumäniens.

Rein optisch führten die deutschen Qualitätserzeugnisse den zahlreichen Technokraten der jungen rumänischen Wirtschaft Möglichkeiten technischer Ergänzung vor und zeigten Wege einer Intensivierung des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern auf. Darüber hinaus vermittelte die Schau Hunderttausenden rumänischer Besucher einen Eindruck von der Bundesrepublik, wie er ihnen bisher nie geboten worden ist.

Diese neue Funktion der Handelsmissionen stellt eine weitere Aufwertung dar, da die Missionen auch noch mit Familienzusammenführung und ähnlichem befaßt werden. Dieser beachtliche Schritt zur Normalisierung stellt keine Preisgabe bekannter Grundsätze deutscher Außenpolitik dar, vielmehr ist er eine logische Fortsetzung der mit der Errichtung von Handelsmissionen eingeschlagenen neuen Ostpolitik Bonns.



**Königin Elizabeth und ihr Prinz-Gemahl zu Besuch beim Bundespräsidenten Heinrich Lübke.**

schen gesetzt worden, daß davon wesentliche politische Impulse ausgehen werden.

Nach der Eintragung in das Goldene Buch von Berlin sagte Königin Elizabeth in der Ansprache an die Berliner unter anderem:

Daß nirgends die Tragödie einer geteilten Welt deutlicher zutage tritt, als in dieser Stadt. Andere Städte können auf 20 Jahre friedlichen Neuaufbaus und Fortschritts zurückblicken, Berlin aber hat niemals aufgehört, um seine Existenz zu kämpfen. Der Mut und die Ausdauer der Bevölkerung und die ungeheuren Leistungen, die sie trotz aller Schwierigkeiten aufzuweisen hat, sind ein leuch-

zendes Vorbild für die gesamte freie Welt. Das ist wahrhaft ein großer und denkwürdiger Tag für alle Berliner, ja, für alle Deutschen, für die Berlin ihre unverlierbare Hauptstadt bleibt. Aber auch die Deutschen jenseits dieser „Mauer der Unfreiheit“

zu haben, die für die volle Entfaltung des menschlichen Geistes so wesentlichen Voraussetzungen der Freiheit und der Sicherheit zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Dabei können Sie auch weiterhin auf die volle Unterstützung der britischen Regierung und des britischen Volkes rechnen.“

Bundeskanzler Erhard, der die Königin begleitete, dankte für den Besuch und führte aus:

„Das ist wahrhaft ein großer und denkwürdiger Tag für alle Berliner, ja, für alle Deutschen, für die Berlin ihre unverlierbare Hauptstadt bleibt. Aber auch die Deutschen jenseits dieser „Mauer der Unfreiheit“



# Exilparteitag der CDU der sowjetischen Besatzungszone

Bundesminister Lemmer betonte, daß die Bundesrepublik trotz aller Bemühungen Umtriebs um internationale Anerkennung die einzige Repräsentation des ganzen Deutschland bleibe. Wer nach zwanzig Jahren noch nicht wagen könne, sagte der Minister, die Mitteldeutschen ihren Willen in Freiheit äußern zu lassen, wer Freizügigkeit aller Deutschen im Verkehr in ihrer gemeinsamen Heimat nicht zuläßt, wer siebzehn Millionen Deutsche wie in einem riesigen Konzentrationslager festhält und wer auf unschuldige Deutsche im Todesstreifen schießen läßt, der habe keinen Anspruch, das deutsche Volk vor anderen Völkern zu vertreten.

Ernst Lemmer erinnerte daran, daß sich die christlichen Demokraten Mitteldeutschlands im chaotischen Wirrwarr der ersten Nachkriegsjahre verantwortungsbewußt einer neuen Politik des deutschen Volkes zur Verfügung stellten, um seine Zukunft zu sichern. Ihr opferbereiter Widerstand habe den meisten von ihnen sehr viel Leid und den Verlust der unmittlerbaren Heimat gebracht. Ohne Übertreibung dürfe jedoch vermutet werden, daß die Lage Deutschlands und des nicht von Moskau beherrschten Teiles Europas heute eine ganz andere, eine sehr viel tragischere wäre, wenn man damals die kommunistische Expansion nicht auf deutschem Boden zum Stehen gebracht hätte.

Die deutsche Situation sei quälend, demütigend und aufreizend — sie schreie geradezu nach Antwort und Tat, erklärte Bundestagsabgeordneter Dr. Johann E. Gradl in einer „Bestandaufnahme“ gesamtdeutscher Politik. Die Zeit heile die deutsche Wunde eben nicht:

Bundesminister  
Lemmer  
auf dem  
Parteitag

auch geduldiges Warten genüge nicht. Doch auch Trotz und Resignation habe das deutsche Volk nicht nötig, weil es — auch für die Sowjetunion — wieder eine deutsche Potenz gebe.

Obwohl zur Zeit keinerlei Anzeichen sowjetischer Bereitschaft zu einer deutsch-sowjetischen Entspannung sichtbar seien, dürfe sich die deutsche Politik nicht hindern lassen, ihre diplomatischen Beziehungen mit Moskau, ihre wirtschaftlichen und sonstigen Möglichkeiten zu nutzen und sich um ein gutes Verhältnis zu jenem Land zu bemühen, das 17 Millionen Landsleute in seiner Gewalt hat. „Kein größerer Dienst könnte uns, unseren Freunden, ja der Welt geleistet werden, als wenn es gelänge, den Frieden in Mitteleuropa durch eine gute Lösung der deutschen Frage herbeizuführen. Wir zu allererst sind berufen, in diesem Sinne aktiv zu sein.“

Die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Partner müßten sehen, daß die Entspannung, Sicherheit, Abbau der Rüstungslast, Nichtangriffspakt, Gewaltverzicht, Kontrollsystem gegen Überraschungsangriffe — daß sie alle diese Dinge, die sie so wertreich und beharrlich fordern, haben können, wenn sie bereit sind, die deutsche Wunde zu schließen, die Selbstbestimmung freizugeben und damit Europa von der Bürgerkriegssituation in seiner Mitte zu befreien. Mit den Grundzügen eines solchen Entspannungsprogrammes müsse

der Kreml vor aller Welt konfrontiert werden. Der ganzen Welt müsse dargestellt werden, daß die Möglichkeit besteht, zur weltweiten Entspannung durch Befriedung Deutschlands zu kommen.

Die gesamtdeutsche Politik müsse deutlich erkennen lassen, daß jede Hoffnung auf deutsche Kapitulation vor der sowjetischen Teilungspolitik Illusion bleibt; daß das freie Deutschland weiterhin entschlossen ist, seine Verteidigungskraft innerhalb des westlichen Bündnisses zu festigen; daß die Bundesrepublik keinen Regelungen zustimmen wird, die der Stabilisierung der deutschen Teilung dienen. Die Bundesrepublik wird auch intensiver und systematischer als bisher den kommunistischen Diffamierungen überall in der Welt gegenüberreten. Es dürfe nicht dabei bleiben, daß die internationale Öffentlichkeitsarbeit der reichen Bundesrepublik armselig sei im Vergleich mit der Agitation Pankows — „und mit den Werbeetats mancher Markenartikel-firmen“.

Dr. Gradl wandte sich gegen die Ansicht, die deutsche Wiedervereinigung sei nur über dem Umweg einer gesamteuropäischen Integration und einer entsprechenden Osteuropa-Politik zu erreichen. Mit diesem Rezept, sagte er, drohe aus dem guten und richtigen Gedanken gesamteuropäischer Zusammenarbeit eine gesamtdeutsche Fata Morgana zu werden.



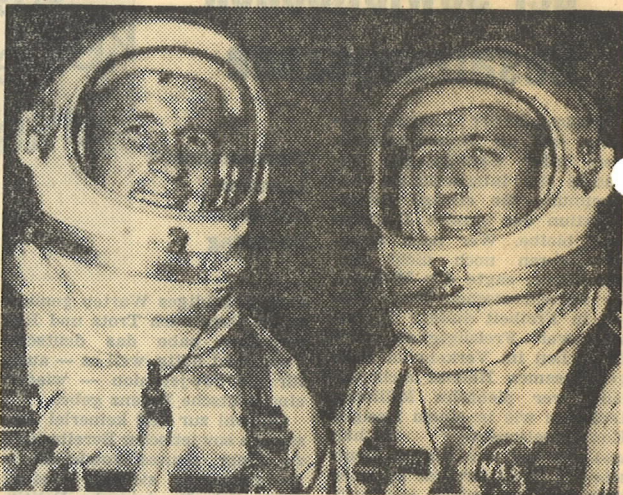


# Großer Raumflugerfolg der US-Astronauten

In aller Welt ist der erfolgreiche Verlauf des bisher kühnsten Weltraum-Versuchs der Vereinigten Staaten mit hoher Anerkennung verzeichnet worden. Das Verlassen der Raumkapsel durch Astronaut White zeigt, daß die USA den sowjetischen Vorsprung mehr als eingeholt haben.

Von ihrer viertägigen Reise durch den Weltraum haben die beiden Astronauten mehr als 500 Fotos mitgebracht. Sie fotografierten den „Spaziergang“ von White durch das All, die Erde, das Wetter über ihr und die Sterne. Sie erprobten neuartige Geräte und lieferten den Forschern wertvolle Meßdaten.

Hinter den beiden lagen 2 575 000 Kilometer Flug auf engstem Raum.



McDivitt und White nach 97 Stunden und 57 Minuten wieder auf der Erde.

## Politische Hochschule in Bonn mit modernster Unterrichtsmitschau

Die vor einem Jahr von Kultusminister Mikat der PH Bonn überreichte Unterrichtsmitschau-Anlage hat sich inzwischen zu einem Fernseh- und Dokumentationszentrum für Unterrichtszwecke ausgewachsen, das in Europa, wahrscheinlich sogar in der Welt, seinesgleichen sucht. Die Anlage verfügt über ein vollausgebautes Fernsehstudio, das den PH-Studenten eine „unsichtbare Teilnahme“ am Unterrichtsgeschehen in Versuchsklassen ermöglicht. Durch eine von der VW-Stiftung finanzierte Ampexanlage ist es möglich, das Unterrichtsgeschehen festzuhalten, beliebig oft zu wiederholen und durch entsprechende Schnitte Lehrfilme herzustellen, die auch vervielfältigt und andernorts eingesetzt werden können. Bereits jetzt ist die Arbeit mit der Fernsehanlage ein fester Bestandteil des Studienplanes der PH Bonn. Die Unterrichts- Mitschau - Anlage soll künftig so ausgebaut werden, daß sie völlig mobil ist und in jedem Klassenraum eingesetzt werden kann, um den Schülern die Befangenheit zu nehmen und sie in ihrer gewohnten Umgebung anzutreffen.

## Der NATO-Rat in Paris erneuert seine Berlin-Garantie

Mit einer neuen Garantieerklärung für West-Berlin ist die Ministerratstagung der NATO beendet worden. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird festgestellt, daß die wesentlichen Ursachen der Spannungen in Europa fortbestehen und nur geringe oder keine Fortschritte zu ihrer Beseitigung erzielt worden sind.

Deutschland sei immer noch geteilt, heißt es in der Verlautbarung, und die jüngsten Störungen des freien Zuganges nach Berlin hätten erneut die in dieser Situation liegenden Gefahren deutlich werden lassen. Daher bekräftige der NATO-Rat seine Berlin-Erklärung vom 16. Dezember 1958 und stimme der Deutschland-Erklärung der drei Westmächte „Die Lösung der Deutschland-Frage ist nicht nur notwendig im Interesse des deutschen Volkes, das seine Wiedervereinigung wünscht, sondern im Interesse aller europäischen

Völker sowie auch der anderen betroffenen Völker“ in vollem Umfange zu.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin 42, Siebertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.